Polnische Blätter

Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben

Erscheint am 5., 15. u. 25. jeden Monats.

Heft 78. IX. BAND 25. November 1917

INHALT:

Einzelpreis: 40 Pf. — Vierteljährlich: M. 3,50.

Verlag der „Polnischen Blätter“

Berlin Charlottenburg, Schlüterstr. 28.

Nr. 78. 25. November 1917.

POLNISCHE BLÄTTER

Der Regentschaftsrat und die Mittelmächte.

Der Regentschaftsrat hat am 27. Oktober an den Deutschen Kaiser und an den Herrscher Oesterreich-Ungarns folgendes Schreiben gerichtet;

Kaiserliche und Königliche Majestät!

Durch das Handschreiben Eurer Majestät vom 14. Oktober 1917 als Mitglieder des mit Patent vom 12 September 1917 geschaffenen Regentschaftsrates des polnischen Staates anerkannt, bringen wir Eurer Majestät zur Kenntnis, dass wir in die Ausübung der obersten Staatsgewalt eintreten.

Wir haben in der Königs-Kathedrale zum heiligen Johannes den feierlichen Eid geleistet, dass wir unsere Regierungsgewalt ausüben werden zum Wohle der Allgemeinheit, zur festen Begründung der Unabhängigkeit, der Macht, des Ruhmes, der Freiheit und des Glückes unseres polnischen Vaterlandes, zur Wahrung des Friedens und der Eintracht unter allen Bürgern des Landes, indem wir das allgemeine Wohl höher stellen, als das eigene Leben und das persönliche Interesse. Wir haben gelobt, unser Amt in die Hände eines Königs oder Regenten des polnischen Staates niederzulegen.

Wir wollen das polnische Volk seiner staatlichen Unabhängigkeit entgegenführen auf der Grundlage der von Euerer Majestät an den denkwürdigen Tagen vom 5. November 1916 und 12. September 1917 erlassenen Akte. Auf diesen Boden stellen wir uns mit derjenigen Loyalität, die des Ernstes und der Grösse des historischen Augenblicks, der Ehre des polnischen Volkes würdig ist.

In unserer Eigenschaft als Mitglieder des Regentschaftsrates erklären wir, dass die sich aus jenen Akten logisch ergebenden Konsequenzen für unsere politische Stellungnahme massgebend sind.

Als Regentschaftsrat des werdenden unabhängigen, polnischen Staates und berufene Vertreter des polnischen Volkes entbieten wir Euerer Majestät den Ausdruck der Ehrfurcht und tiefer Dankbarkeit für den Akt vom 5. November 1916 und das Patent vom 12. September 1917.

Wir begrüssen insbesondere die wohlwollenden Gedanken und Absichten, denen Euere Majestät in dem Allerhöchsten Handschreiben vom 12. September 1917 Ausdruck verliehen haben.

Wir erwarten, dass das polnische Volk in der weiteren Entwicklung der historischen Ereignisse, gestützt auf seine eigene Wehrmacht und in Verfolgung seiner eigenen Interessen auf Grund des Bandes der gemeinsamen westlichen Kultur mit den beiden Zentralmächten gemeinsamen politischen und wirtschaftlichen Zielen zustreben wird.

Wir benutzen auch diesen Anlass, um Euere Majestät mit uns in Gottes Obhut zu empfehlen.

Aleksander Kakowski, Erzbischof.
Józef Ostrowski. Zdzisław Lubomirski

Warschau, den 27. Oktober 1917.

Als Antwort erfolgte ein Handschreiben Seiner Majestät des Deutschen Kaisers, folgenden Wortlauts:

An den hohen Regentschaftsrat des Königreichs Polen!

Mit aufrichtiger Befriedigung habe Ich das Handschreiben zur Kenntnis genommen, mit dem der polnische Regentschaftsrat Mir seinen Amtsantritt angezeigt hat.

Die Stimme der polnischen Nation hat Sie, Meine hohen Herren, als die berufensten Träger der obersten Würde im neuen polnischen Staate bezeichnet und

gerne haben Mein erlauchter Verbündeter und Ich auf Vorschlag des Uebergangsausschusses des provisorischen Staatsrates Ihre Ernennung zu Regenten des Königreiches Polen vorgenommen.

Die Erklärungen, die Sie in Ihrem Schreiben an Mich abgegeben haben, legen Beweis dafür ab, dass Sie Sich der grossen Pflichten und Aufgaben, welche Polen von den ersten Trägern seiner Staatsgewalt verlangt, vollauf bewusst sind. Nicht minder haben Sie die Notwendigkeit, dass Polen auf dem Fundamente weiter aufgebaut werden muss, auf dem es neu gegründet wurde, klar erkannt und unzweideutig ausgedrückt, indem Sie die Akte vom 5. Movember und 12. September 1917 als die Grundlagen Ihrer weiteren Tätigkeit bezeichnen. Ihrem feierlichen Bekenntnisse zu diesen bedeutsamen Staatsakten bringe Ich vollstes Vertrauen entgegen und weiss, dass der hohe Regentschaftsrat den Richtlinien, die Er Sich selbst in Seinem Schreiben an Mich vorgezeichnet hat, immerdar treu bleiben wird. Ich teile Ihre Ueberzeugung, dass auf dem Boden des Anschlusses an die Zentralmächte die Lebensbedingungen gegeben sind, welche dem polnischen Staate reiche Blüte und seinen Bürgern die Segnungen des Friedens, der Kultur und des Wohlstandes verbürgen und hege die Zuversicht, dass Polen dazu berufen ist, in freier, selbstgewählter Verbindung mit den mächtigen Nachbarreichen in eine neue Periode staatlicher Grösse einzutreten und hierdurch ein bedeutsamer Faktor für Europas Entwicklung im Sinne der abendländischen Kulturideale zu sein.

So heisse Ich Sie denn in Ihrer neuen Würde von Herzen willkommen und wünsche Ihnen eine erfolgreiche Tätigkeit zum Heile der wiedererstehenden polnischen Nation. Möge der Segen des Allmächtigen auf Ihrem Wirken ruhen.

Grosses Hauptquartier, den 17. Nov. 1917.

Wilhelm I. R.

„In freier, selbstgewählter Verbindung.“

In der letzten Zeit sind in der Polenfrage einige Erklärungen abgegeben worden, die von höchster internationaler Bedeutung sind. Sie stellen die Polenfrage auf eine ganz andere Basis wie bisher und werden nicht verfehlen, praktische Folgen nach sich zu ziehen

In der Nummer der „Polnischen Blätter“ v. 15. November d. J. veröffentlichten wir einen Bericht über die gegenwärtige Haltung der Ententediplomatie Polen gegenüber. Die diplomatischen Vertreter sämtlicher Ententemächte gaben eine feierliche Erklärung ab, „dass eine der Bedingungen für einen dauernden und gerechten Frieden und für die Ordnung in Europa die Schaffung eines unabhängigen und vereinigten Polen ist“. Vorbehalte und Bedingungen wie sie etwa seinerzeit Milukow formuliert hatte, der eine militärische und diplomatische Verbindung mit Russland verlangte, kommen in den neuen Erklärungen des letzten russischen Ministers für Auswärtiges, wie auch des englischen, französischen und amerikanischen Botschafters nicht vor; mit anderen Worten: die Entente erklärt betreffs Polen ihr Desinteressement.

Diese politische Stellungnahme braucht nicht überschätzt zu werden; nimmt doch die Entente ihre Hände weg von einem Lande, das sie nicht besitzt; andererseits aber wird der praktische Staatsmann mit dem neuen Manöver der diplomatischen Ententestrategie rechnen müssen. Es gibt Worte, denen die Bedeutung vom Taten zukommt und die nicht zurückgezogen werden können.

Umso wichtiger und von grösserer realer Tragweite kommen uns die letzten Erklärungen vor, die seitens der Zentralmächte abgegeben worden sind. In feierlichen Akten und in ofiziösen Pressestimmen, unter manchen wichtigen aktuellen Begebenheiten finden sich hie und da kurze Wendungen vor, deren Bedeutung grösser ist.,

als ihre momentane Veranlassung. Wir möchten hier nur das Wichtigste unterstreichen.

Eine hochoffiziöse Erklärung gab das halbamtliche Organ der Wiener Regierung, das „Fremdenblatt", ab anlässlich der letzten Debatten über die Vereinigung Kongress-Polens mit Galizien. Das „Fremdenblatt" vom 10. November d. J. erklärte: „die neuen Machthaber in Russland konzedieren dem polnischen Volke das Recht, sein Schicksal selbst zu entscheiden. Deutschland und wir haben dem Wunsche des polnischen Volkes bereits Rechnung getragen und seine selbständige Staatlichkeit anerkannt. Wenn Polen am Tage des Friedensschlusses den Wunsch ausspricht, einen engeren Anschluss an die österreichisch-ungarische Monarchie zu suchen, so wird kein Grund vorhanden sein, das Königreich von uns abzustossen. Polen ist ein selbständiger und ein uns befreundeter Staat; er wird selbst über sein künftiges staatliches Schicksal entscheiden."

Diese Worte, wie bedeutungsvoll sie sind, sind nur eine Entwicklung des Grunsatzes des Zweikaisermanifestes vom 12. September, welches die Hoffnung ausspricht, dass der polnische Staat „in freiem, selbstgewähltem Anschluss an die in treuer Freundschaft zu ihm stehenden Mittelmächte einer friedlichen und freien Zukunft entgegengeht." Und fast mit denselben Worten sprechen sich die Herrscher Deutschlands und Oesterreich Ungarns in ihrem Handschreiben an den polnischen Regenschaftsrat vom 7. November aus; es heisst dort nämlich: „dass Polen dazu berufen ist, in freier selbstgewählter Verbindung mit den mächtigen Nachbarreichen in eine neue Periode staatlicher Grösse einzutreten und hierdurch ein bedeutsamer Faktor für Europas Entwicklung im Sinne der abendländischen Kulturideale zu sein."

Historische Worte von weitgehender Bedeutung! Sie bahnen zwischen den Zentralmächten und dem polnischen Staate Beziehungen an, die der grossen Stunde,

die wir erleben, und der Zukunft, der wir entgegengehen, würdig sind. Der Regentschaftsrat brachte beiden Befreiern Polens zur Kenntnis, dass er in die Ausübung der Obersten Staatsgewalt im Königreich Polen eingetreten ist. Programmatisch sprechen die Vertreter der Majestät der polnischen Krone aus, „dass das polnische Volk in der weiteren Entwicklung der historischen Ereignisse, gestützt auf seine eigene Wehrmacht und in Verfolgung seiner eigenen Interessen, auf Grund des Bandes der gemeinsamen westlichen Kultur, mit den beiden Zentralmächten gemeinsamen politischen und wirtschaftlichen Zielen zustreben wird.“ Dem polnischen Staat steht bis jetzt das Recht nicht zu, diplomatische Verträge zu schliessen; seine Beziehungen zu den Zentralmächten werden aber in dem feierlichen Schreiben des Regentschaftsrates mit unverkennbarer Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht. Andererseits wird von der massgebendsten Seite der Umstand betont, dass der Anschluss Polens an die Zentralmächte in „freier, selbstgewählter Verbindung“ erfolgen soll. Zu einem Nichts werden also die Vorwürfe unserer Feinde, dass Polen einer annexionistischen Politik zum Opfer fallen soll; zerstreut werden die Befürchtungen jener Polen, die etwa eine neue Unterjochung ihres Vaterlandes befürchteten. Gleichzeitig wird Denjenigen der Boden entzogen, die in der Ausgestaltung des polnischen Staatswesens ein Friedenshindernis sahen. Das Gegenteil ist der Fall. Wenn in der zivilisierten Welt gegenwärtig die Idee der Selbstbestimmung der Völker proklamiert wird, so sind es die Zentralmächte, die diese Idee einem grossen Volke gegenüber verwirklichen. Deutschland und Oesterreich-Ungarn stehen auf demselben Standpunkte wie die Petersburger Vertreter der Ententemächte, mit dem Unterschied, dass die Ententediplomaten nur Worte, die Mittelmächte dagegen Tatsachen prägen können. Die Erledigung der Polenfrage wird somit zu einem Verständigungs- und Friedensfaktor. Durch die von den beiden Herrschern angewandte Formel wird eine, der

Kriegsursachen beseitigt. Polen soll selbständig über seine Zukunft entscheiden.

Wir erinnern uns an ein Stück von Henrik Ibsen. Die Heldin wird vom Familienverbande weg in die weite, verlockende, erträumte Ferne hingezogen. Im entscheidenden Momente begegnet ihr ihr Lebensgenosse nicht mit der Strenge eines Herren und Gebieters; verständnisvoll und der moralischen Kraft vertrauend, überlässt er ihr die freie Wahl. Und die Frau, vom Freiheits- und Verantwortungsgefühl erfasst, trifft ihre Wahl: sie bleibt Genossin desjenigen, an dessen Seite sie Pflichterfüllung und Freiheit erwarten.

Der grosse Symboliker hat im gegebenen Falle an Völkerbündnisse nicht gedacht; die Idee bleibt aber anwendbar.

Ein Vorzeichen haben wir bereits in der Erklärung des Regentschaftsrates. Ihr müssen noch andere Akte folgen, um die ganze polnische Oeffentlichkeit, besonders aber die Wähler des künftigen Staatsrates und Landtages entsprechend zu stimmen. Dieselben werden vor den grössten Aufgaben stehen, die eines Volkes harren: vor der Wahl einer Dynastie und der künftigen Bündnispolitik.

Zweierlei muss berücksichtigt werden.

Es tritt in diesen Tagen eine polnische Regierung zusammen, die die innere Verwaltung und die Vertretung nach Aussen übernehmen wird. Es erwartet sie eine Fülle von Aufgaben, die eine ungewöhnliche Arbeitskraft aber auch ein weitgehendes Verständnis seitens der Okkupationsmächte erfordern. Eins wird im Lande bestehen: die militärische Besatzung Die militärischen Notwendigkeiten müssen noch für eine lange Zeit im Vordergunde stehen, und das umsomehr, als die nächste Zukunft nicht ganz sicher ist Die Gestalt des Grossfürsten Nikolaj Nikolajewitsch taucht wieder empor und noch manche Ueberraschung ist zu erwarten. Die Frage des polnischen Heeres wird doppelt aktuell. Der polnische Soldat wird hoffentlich bald seine Rolle

aufnehmen, das wird vielleicht die militärische Besetzung gewissermassen beeinflussen — im grossen Ganzen ist sie aber für die Sicherheit der Zentralmächte und Polens eine Notwendigkeit. Dagegen ist der Abbau der Zivilverwaltung der Okkupationsmächte eine logische Folge der neuen Zustände in Polen. Gleichzeitig wird die Frage der Aufhebung der Okkupationsdemarkationslinie zu einer brennenden Aktualität. Die Freiheit der Organisierung der polnischen Aemter und des ganzen inneren Lebens wird nicht verfehlen, die latenten Kräfte des Landes zu entfachen, einen neuen Rythmus in dasselbe hineinzubringen und auch auf Diejenigen ihre Wirkungen auszuüben, die bis jetzt skeptisch oder passiv der Neuordnung gegenüber sich verhalten. Damit wird die für die nächste Wahl und zu erwartende Selbstbestimmung erforderliche psychologische Grundlage geschaffen. Frei ist derjenige, dessen tatkräftiger Wille seine Freiheit fühlt; lassen wir also das Land objektiv und subjektiv seine Freiheit empfinden, dann wird es angesichts der grossen Verantwortung stehen; die Entscheidung seiner Wahl ist für uns unzweifelhaft.

Es bleibt indessen noch eine andere Seite: die internationale, diplomatische. Die Ententemächte werden gewiss ihre Künste spielen lassen, um Polen zu überreden, und es wird noch immer eine polnische Gruppe geben, die sich in dieses Netz einfangen lässt, um weitere Intrigenknäuel zu spinnen. Hier muss eine polnische, von der Warschauer Regierung geleitete Diplomatie eingreifen Es handelt sich darum, die Neutralen aufzuklären, die im Auslande zerstreuten Polen, welche keine authenischen Berichte aus der Heimat besitzen und auf die Ententequellen angewiesen sind, zu belehren; es handelt sich darum, manche Intrige, die nur ein Pole aufdecken und begreifen kann, zu beseitigen, manche Dummheit zu verhüten; es handelt sich darum, vor der ganzen Welt kund zu tun, dass Polen ein befreites Land ist, dass in Warschau eine

nationale Regierung ist, dass Polen der ganzen Welt gegenüber seine Selbständigkeit behält. Sämtliche Deklarationen und Agitationen der Ententemächte werden ihren Zweck verfehlen, wenn in den neutralen Hauptstädten eine autorisierte Vertretung der Warschauer Regierung sich ihnen entgegenstellt. Alle diese Vorteile sprechen auch für diplomatische polnische Vertretungen nicht nur in Berlin, in Wien und in Budapest, sondern auch in Sofia und in Konstantinopel. Somit werden die Beziehungen Polens zu den Verbündeten vertieft und gekräftigt, es werden tausende Fäden zwischen Polen und diesen Ländern geknüpft. Für die Schaffung eines Mitteleuropa ist es unumgänglich.

Und so treten wir in eine neue Phase der Polenfrage ein. In Freiheit soll das polnische Volk über sein Verhältnis zu Galizien, zur Habsburger Dynastie, zu Zentraleuropa entscheiden. Das Schreiben des Regentschaftsrates an die Herrscher Deutschlands und Oesterreich-Ungarns ist ein bedeutungsvoller Wegweiser der Zukunft. Es muss alles aufgeboten werden, um diese Zukunft vorzubereiten und auszubauen.

Der erste polnische Ministerpräsident.

Johann v. Kucharzewski, der erste Ministerpräsident des Königreichs Polen, hat eine schaffensreiche Vergangenheit auf publizistischem, wissenschaftlichem, sozialem und politischem Gebiete.

Im Jahre 1876 in Wysokie Mazowieckie geboren, absolvierte er das Gymnasium in Łomża und widmete sich dem Studium der Rechtswissenschaft; nach Absolvierung der Warschauer Universität reist er ins Ausland, um sich dem Studium der Nationalökonomie, Soziologie und des Rechtes zuzuwenden. Vom Jahre 1901—1906 war er als Beamter des Fiskus in Warschau tätig, später wirkte er als Rechtsanwalt, aber hauptsächlich widmete er sich den juristischen und national-

ökonomischen Vorlesungen an höheren wissenschaftlichen Lehrkursen. Gleichzeitig war er wissenschaftlich tätig; anfangs auf dem Gebiete der Soziologie, dann auf dem der Geschichte Polens im XIX Jahrhunderte; seine Werke über Mochnacki, über die Polenfrage im Frankfurter Parlament 1848, über die Regierungszeit Paskiewicz, gehören zu den wichtigsten auf diesem Studiengebiete und geben tiefen Einblick in die politischen, sozialen und kulturellen Verhältnisse des Landes.

Neben seiner wissenschaftlichen und Lehrtätigkeit nimmt er an dem politischen Leben tätigen Anteil. Anfangs stand er der Nationaldemokratie nahe; aber nachdem Dmowski den panslavistischen Kurs eingeschlagen, entfernte sich Kucharzewski und verblieb in der Opposition. Als hervorragende Individualität wurde er auch bald zum bedeutendsten Gegner Dmowskis. Bei den Dumawahlen 1912 wurde Kucharzewski von sämtlichen polnischen Parteien als Gegenkandidat Dmowskis aufgestellt. Der Kampf war erbittert und gewann eine prinzipielle Bedeutung für das Leben Polens. Dmowski unterlag und hat es sogar auch nicht zum Wahlmann gebracht. Im letzten Moment haben die jüdischen Nationalisten zu gunsten eines Sozialdemokraten das Wahlresutat umgestimmt — obwohl Kucharzewski Gegner des Antisemitismus war; nichtdestoweniger blieb Kucharzewski Vertrauensmann einer überwältigenden polnischen Mehrheit.

Beim Ausbruch des Weltkrieges war Kucharzewski in der Schweiz. Hier entfaltete er unter seinen Landsleuten eine rege organisatorische und publizistische Tätigkeit.

Im Januar 1915 veröffentlichte er in der „Gazette de Lausanne“ eine Reihe von Aufsätzen, die von der westeuropäischen Presse wiederholt zitiert und nachgedruckt wurden, später in einer Broschüre „La Pologne et la querre“ erschienen sind und bald ins Italienische und Englische übersetzt wurden. Darin

vertritt der Autor den Standpunkt der Unabhängigkeit Polens.

Dieser Arbeit folgte 1915 ein Buch „Reflexions sur le problème polonaise", das 6 Auflagen erlebte.

Auf Grund der in der kleiner Broschüre „Im Namen der Freiheit" ausgesprochenen Ansichten, gründete Kucharzewski im Jahre 1915 in der Schweiz einen Verein, der sich nach seiner ersten Publikation „La Pologne et la guerre" nannte. Im Jahre 1916 gründete er eine illustrierte Vierteljahrsschrift, „Laigle blanc", die bis jetzt in 4 Bändchen erschien.

Im Sommer d. J. kehrte Kucharzewski nach Warsbhau zurück und bekleidete seit August das Amt des Referenten. sodann des Sektionsschefs im Departement für Kultus und Unterricht. Im Oktober d. J. wurde er zum Referendar des Regentschaftsrates ernannt. Sämtliche Schriften Kucharzewskis atmen einen patriotischen, antirussischen, aktiven Geist, der seine einzige Lebensaufgabe in der Arbeit für die Unabhängigkelt des Vaterlandes erblickt.

* * *

Anlässlich der Berufung des Herrn Kucharzewski. zum Präaidenten des polnischen Kabinets möge erwähnt werden, welche Rechte und Pflichten mit diesem Amte verbunden sind.

Der Ministerpräsident ist der Repräsentant der polnischen Regierung, er leitet die Verhandlungen und schliesst Abkommen ab, wobei die dem Regentschaitsrat zukommenden Rechte gewahrt werden müssen, er führt die Unterhandlungen in der Bestimmung des staatlichen Oberhauptes, ist Vorsitzender des Ministerrats, leitet seine Arbeiten und überwacht die Ausführung seiner Beschlüsse, wacht über die Tüchtigkeit der einzelnen Minister und Departaments, erlässt allgemeinverpflichtende Gesetze und Verordnungen. gibt Zeitungen für Gesetze und staatliche Verordnungen heraus, legt dem Regentschaftsrat die Listen der Mitglieder des Ministerrates und des höchsten Gerichts zur Bestätigung vor, er ernennt und ruft ab — auf Antrag der Minister und der Departementsdirektoren — höhere Beamte, erstattet dem Staatsrat Bericht über die Tätigkelt des Ministerrates, aller Ministerien und Departements. So wird die durch die Zentralmächte geschaffene polnische Regierung nach der Ernennung des Präsidenteu des Ministrates ihre Tätigkeit beginnen.

Das Programm des polnischen Ministerpräsidenten.

Eine Unterredung mit Dr. v. Kucharzewski.

Warschau, im November. Dr. von Kucharzewski, der eben ernannte polnische Ministerpräsident, wohnt in der Pięknastrasse. Die Wände seines Studienzimmers sind mit Bildnissen der polnischen Könige geschmückt. Auf den Tischen liegen zahlreiche Werke und Zeitschriften juristischen und volkswirtschaftlichen Charakters, darunter auch Arbeiten Dr. v. Kucharzewskis selbst. Während seines Aufenthaltes in der Schweiz, von wo er erst im Juli d. J. hierher zurückgekehrt ist, schrieb Dr. v. Kucharzewski hauptsächlich in französischer Sprache. Für den Standpunkt, den er einnimmt, ist bezeichnend, dass er als erster nambafter Vertreter des polnischen Volkes schon im Jahre 1915 in französischer Sprache gegen die Russenherrschaft in Polen zu protestieren und die staatliche Loslösung Polens von Polen zu proklamieren begann. Mit der gegenwärtig in der Schweiz erscheinenden polnischen Zeitschrift „Moniteur Polonais“ steht jedoch Kucharzewski in keinerlei Beziehungen. Es sei noch in Erinnerung gebracht, dass Kucharzewski seinerzeit als Gegenkandidat des Nationaldemokraten und Russophilen Roman Dmowski in Warschau aufgestellt war.

Wenn die Wahl des Regentschaftsrates auf Dr. von Kucharzewski fiel, so waren hierfür hauptsächlich zwei Momente massgebend. Zunächst die hervorragende Begabung dieses jungen Politikers, dann aber der Umstand, dass er während der ganzen Zeit des schärfsten polnischen Parteikampfes im Auslande gelebt hat, so dass seine persönliche Stellung nicht berührt ist und alle Parteien zwanglos mit ihm unterhandeln können.

Kucharzewski besitzt die gewinnendsten Umgangsformen, er spricht in entschiedenem, überzeugtem Ton und in temperamentvoller Weise. Ueber die Staatwerdung

Polens äusserte sich der Ministerpräsident folgendermassen:

„Die Lage Polens ist zweifellos eine schwierige. Russland hat unser Volk aller staatlichen Organe beraubt. Dennoch haben sich lebensfähige nationale Ueberlieferungen und staatliche Instinkte bei uns erhalten. Schon zu Beginn des 18. Jahrhunderts befanden wir uns in einer ähnlichen Lage wie gegenwärtig. 1806 und 1815 mussten wir nach blutigen Kriegen und völliger Verheerung des Landes unsere staatliche Tätigkeit wiedereröffnen. Wir haben uns damals Rat geschafft, und sowohl das Grossherzogtum Warschau als auch Kongresspolen sind ausschliesslich durch Polen regiert worden, deren Tätigkeit sich als gedeihlich und fruchtbar erwiesen hat. Ich habe den festen Glauben an mein Volk, an die Macht seiner staatlichen Tradition, an seine aufbauenden Kräfte. Wir werden uns auch jetzt zu helfen wissen und werden den polnischen Staat auf gesunden Grundlagen errichten.“

„Aus der Tatsache, dass der Regentschaftsrat Sie auf die hohe Stellung des Premierministers des ersten polnischen Ministerkabinetts berufen hat, kann man doch den Schluss ziehen, dass das Programm des Regentschaftsrates dem Ihrigen nahesteht?“

„Ich darf mit grosser Freude feststellen, dass ich mit den hohen Herren, welche gegenwärtig die Majestät der polnischen Krone repräsentieren, mich in vollem Einvernehmen befinde. Andererseits unterliegt es keinem Zweifel, dass hinter dem Regentschaftsrat die ungeheure Mehrheit des polnischen Volkes steht, und zwar nicht nur im Lande selbst, sondern auch in der ganzen Welt. Es geht kein Tag vorüber, ohne dass zahlreiche Briefe und Telegramme eintreffen, welche Huldigungen und Solidaritätskundgebungen für S. E. den Erzbischof Kakowski, den Fürsten Lubomirski und den Grafen Ostrowski enthalten. Diese Tatsache erfüllt uns alle mit froher Zuversicht für unsere Arbeit.“

„Wie steht es mit der Bildung des Kabinetts?“

„Seit einigen Tagen befasse ich mich eben mit Unterhandlungen in dieser Richtung. Ich kann mit lebhafter Genugtuung behaupten, dass es uns an Fachmännern nicht fehlt. Da ich bis zum Juli d J im Auslande weilte, gehörte ich keiner Partei an. Dies gibt mir völlig freie Hand. Trotzdem hatte ich doch Gelegenheit, die Verhältnisse unseres Landes genau kennen zu lernen. Bei der Kabinettbildung werden zwei Gesichtspunkte für mich massgebend sein. Einerseits werde ich in das Kabinett entschiedene Aktivisten berufen, andererseits Männer von hervorragender fachmännischer Bildung. Wir stehen vor einer Riesenarbeit. Das Land ist vernichtet, Ackerbau und Industrie befinden sich in dem beklagenswertesten Zustand. Darin liegen nicht nur für uns, sondern auch für die Mittelmächte ernste Gefahren. Das gemeinsame Interesse erfordert es, dass der polnische Ackerbau raschestens wieder aufblüht und dass auch unsere Industrie sich betätigen kann. Nur mit Erschütterung kann man heute das Elend der polnischen Arbeiter betrachten, um so mehr als diese Arbeiter sich durch Intelligenz auszeichnen und auch in staatsbürgerlicher Hinsicht hervorragend brauchbares Material darstellen. Ich rechne darauf, dass ich für die Notwendigkeit der Ordnung und Hebung unseres Landes in Berlin und Wien Verstandnis und Unterstützung finden werde".

„Wie verhalten Sie sich zur Frage einer polnischen Armee?"

„Die Bildung einer polnischen Armee betrachte ich als unsere dringendste Aufgabe und eine Angelegenheit von grösster Bedeutung. Ich bin ein Gegner des Freiwilligen- und Werbungssystems. Wir wollen einen Staat haben wie alle anderen Nationen und auch eine Armee schaffen, wie sie alle anderen Völker besitzen, demnach auf dem Wege der allgemeinen Wehrpflicht. Diese Angelegenheit steht mit an der Spitze des Programms der polnischen Nationalregierung und wird zweifellos erfolgreich gelöst werden, da alle denkenden

Polen bereits zu der Ueberzeugung gelangt sind, dass wir eine nationale Armee besitzen müssen. Die Armee muss national im vollen Sinne des Wortes sein."

„In Deutschland besteht die Befürchtung, dass die polnische Armee nicht zuverlässig sein würde?"

„Diese Befürchtung ist mir unverständlich Auf welche Seite könnte sich diese Armee schlagen? Eine Russophilie gibt es nicht mehr in Polen. Selbst diejenigen, auf die die russische Revolution anfänglich Eindruck gemacht hat, haben sich jetzt angesichts der Anarchie und der völligen Zerrüttung ganz abgewandt und möchten sich von Russland recht gründlich abgegrenzt sehen. Im übrigen wird die Armee, wie ich betont habe, eine wirklich polnische sein, und das wird genügen, damit sie der polnischen Regierung gehorche."

„Sind Sie der Ansicht, dass den Gerüchten von der Bildung polnischer Armeen in Frankreich und Amerika irgendwelche ernste Bedeutung zuzumessen ist?"

„Diese Dinge konnte ich noch bis vor kurzem von einem neutralen Land aus verfolgen. Ich kann nur feststellen, dass in Frankreich der Gedanke einer polnischen Armee Fiasko gemacht hat, und dass auch in Amerika der gesunde Instinkt eines erheblichen Teiles der polnischen Bevölkerung sich gegen ihn auflehnt. Es wundert mich, dass man in Deutschland darüber nicht genauer informiert ist und derartige Einwände gegen Polen verallgemeinert. Einmal im Besitze seiner Freiheit, wird das polnische Volk derartigen unerwünschten Strömungen sehr bald ein Ende machen. Dazu ist nur nötig, dass diejenigen, welche die Nation im Lande repräsentieren, der Welt den Beweis liefern können, dass sie frei sind, und dass ihre reale Arbeit beachtenswerte Ergebnisse zeitigt."

„Sind Ihnen die Strömungen betreffend der Polenfrage in der öffentlichen Meinung Deutschlands bekannt?"

„Seit Beginn des Krieges verfolge ich ihre Entwicklung. Ich weiss, dass wir uns nicht des Wohlwollens Aller erfreuen, dass es aber auch viele deutsche

Vaterlandsfreunde gibt, die gerade vom Standpunkt des deutschen Patriotismus es für geboten halten, eine Verständigung zwischen den beiden Vökern herbeizuführen, wie sie z. B. der Reichstagsabgeordnete Naumann anstrebt. Unsere Antwort muss vor allem in realer Arbeit bestehen. Wir haben dabei die Gewissheit dass sowohl dio beiden Regierungen, als auch die Volksvertretung in Deutschland an den durch die Manifeste vom 5. November 1916 und vom 12. September 1917 vorgezeichneten Richtlinien konsequent festhalten werden."

„Lokal-Anzeiger".

Die Polenfrage im ungarischen Abgeordnetenhause.

Budapest. 20. November.

In der heutigen Sitzung ergriff unter allgemeiner Spannung Abg. Graf Stefan Tisza das Wort u. erklärte in Begründung seiner Interpellation, dass die ganze ungarische Nation ohne Unterschied der Partei vom ersten Augenblick des Weltkrieges an mit grösster Sympathie und Aufmerksamkeit die Freiheitsbestrebungen des polnischen Volkes verfolgte. Da im Zusammenhang mit dem letzten Besuch des Ministers des Aeusseren, Grafen Czernin, in Berlin Gerüchte aufgetaucht sind, wonach Beschlüsse, betreffend die staatliche Einrichtung Polens gefasst worden seien und ein offiziöses Communiquę erschienen ist, welches diese nicht dementierte. richtete er an den Minlsterpräsidenten die Anfrage, ob er geneigt sei, hinsichtlich des Standpunktes der Ministers des Aussern, Grafen Czernin, in der polnischen Frage das Haus zu orientieren.

Die Erwiderung Dr. Wekerles.

In Erwiederung auf die Interpellation des Abg. Grafen Tisza führte Ministerpräsident Dr. Wekerle aus: Die Wahrung unserer Interessen erfordert es, dass sich unser Minister im Zusammenhang mit der Vorbereitung

der Friedensbedingungen nicht nur mit jenen staatlichen Neubildungen und Gebietsveränderungen befasse, die uns unmittelbar, sondern auch mit jenen, die uns mittelbar berühren, damit er gerade zur Wahrung unserer Interessen für alle Eventualitäten gerüstet dastehe (Lebhafter Beifall). Jedermann wird es daher für natürlich und folgerichtig finden, dass uns die Zukunft des uns unmittelbar und in erster Reihe interessierenden polnischen Staates ununterbrochen beschäftigt. Wir waren da die ersten, die im Einvernehmen mit unseren Verbündeten die Wiederbelebung des polnischen Staates gefördert haben und die an der sicheren Fundierung des polnischen Staates auch heute ständig arbeiten, (Lebhafter Beifall.) In welcher Weise wir die Offenbarung der staatlichen Unabhängigkeit der polnischen Nation wieder belebt haben, bis dahin, wo sie die allgemeine internationale Anerkennung erfährt, und in welcher Form wir die Lebensfähigkeit und Erstarkung dieser neuen staatlichen Gestaltung fördern, während wir deren Gebiet besetzt halten, dies wird in genügender Weise durch die allbekannten Tatsachen illustriert, welche in der Bildung eines Polnischen Ministeriums und eines Regentschaftsrates, ferner in der stufenweisen Ueberweisung der Verwaltungsgeschäfte an die letzteren Organe und in der Vorbereitung der Organisation der polnischen Wehrmacht bestehen.

In welcher Form wir die neue Staatsbildung zu organisieren und für die Zukunft ständig zu sichern beabsichtigen, diesbezüglich sind die Verhandlungen jetzt im Gange und können eine endgültige Regelung nur im Friedensschluss erfahren. (Lebhafte Zustimmung) Ich gebe daher jetzt nur meiner Freude Ausdruck, dass die ruhmvolle polnische Nation zu neuem staatlichen Leben erwacht und spreche die Hoffnung aus, dass die durch das neue Leben wachsende Kraft der polnischen Nation eine ihrer ruhmreichen Vergangenheit entsprechende schönere und bessere Zukunft in der Familie der Völker sichere (Lebhafter Beifall.)

Ich glaube, das diese Freude und dieser Wunsch nicht nur mich, sondern die ganze ungarische Nation durchdringt Wir wurden ja durch unzählige Bande der auf Jahrhunderte zurückreichenden historischen Vergangenheit in Not und Ruhm vereint, und die für die nationale Freiheit geführten Kämpfe haben unsere Gefühle unzählige Male bis in die neueste Zeit verschmolzen. (Lebhafter Beifall.) Ich glaube daher, dass unsere Bestrebung von allgemeiner Sympathie begleitet wird, indem wir wünschen, dass der neue polnische Staat in näherer Beziehung zu unserer Monarchie gebracht wird. (Lebhafter Beifall.)

Wenn ich mich auch über die diesbezüglichen Bestrebungen in diesem Moment nicht weiter äussern kann — ich könnte dies auch nicht tun, weil die Verhandlungen jetzt im Zuge und noch nicht zum Abschluss gelangt sind und eine definitive Beendigung erst beim Friedensschluss erhalten werden — so kann ich zwei Garantien schon jetzt geben: die eine besteht darin, dass die paritätische Lage unseres Staates und unsere gesetzlich gesicherte Selbstständigkeit sowie unsere wirtschaftlichen Interessen unbedingt gewahrt werden, die zweite darin, dass wir die Lösung dieser grossen Frage, insofern sie das Verhältnis des neuen polnischen Staates zu unserer Monarchie betrifft, der kompetenten Beurteilung der Legislative unterbreiten werden. (Lebhafter Beifall im ganzen Hause.)

Interpellant und das Haus nahmen die Antwort des Ministerpräsidenten zur Kenntnis.

***

Der Polenklub des Wiener Reichsrates hat in seiner Sitzung vom 20. November ds Js. beschlossen, dem Ministerpräsidenten Dr. Weckerle folgende Depesche zu senden;

Für die gestrige Erklärung Ew. Exzellenz im ungarischen Parlament, die so viel Herzlichkeit und Freundschaft für unser Volk enthielt, sagen wir Ew. Exzellenz

unseren heissen Dank und senden dem brüderlichen ungarischen Volk unsere Grüsse.

Unser Volk rechnet in seinemStreben zur Wiedererlangung der staatlichen Unabhängigkeit auf die seit Jahrhunderten erprobte Sympatie der ungarischen Nation.

Petersburger Brief.

Kopenhagen, im November 1917.

Während in ganz Russland die Welle einer neuen Revolution hochgeht (Der gegenwärtige Brief ist noch vor der Leninschen Revolution geschrieben worden. Anmerkung der Redaktion.), führen auch die hier lebenden Polen ein ziemlich aufgeregtes Leben, der Sache des polnischen Vaterlandes gewidmet. Während des Kornilow-Putsches wurde die nationaldemokratische Organisation beschuldigt, mit Kornilow in Verbindung gestanden zu haben, das hatte eine Verstimmung der revolutionären Elemente und eine Stellungnahme gegen die nationaldemokratischen Organisationen zur Folge. Somit wurde diese Organisation, die schon überhaupt nicht allzustark ist, noch mehr geschwächt. Andererseits bröckelt sie allmählich ab unter dem Eindruck der aus der Heimat einlaufenden Nachrichten.

Die Einsetzung des Regentschaftsrates ist das grosse Ereignis, das auf die polnischen Gemüter einen überwältigenden Eindruck macht. Sämtliche Parteien sahen sich gezwungen, unter diesem Eindruck ihre Programme zu revidieren und zu den neuen Ereignissen Stellung zu nehmen.

Die Realisten, die das durch finanzielle Kraft und gesellschaftliche Verbindungen ausschlaggebende Element bilden und auch über die grösste politische Vorbildung verfügen, zogen aus der neuen Lage die nächstliegenden Konsequenzen und lösten ihr politisches Bündnis mit den Nationaldemokraten auf. Das war für die

Freunde des Herrn Dmowski ein harter Schlag. Gleich darauf hat in Petersburg eine Tagung der polnischen Demokratie stattgefunden. Sie war die Antwort auf die nationaldemokratische Zusammenkunft vom August d. J., aus der der nationaldemokratische Ausschuss mit seinen militärischen Auswüchsen hervorgegangen war. Die demokratische Tagung war eine grossartige Manifestation sämtlicher fortschrittlichen und freiheitlichen Elemente der im Verband zusammengeschlossenen Polen. Wie überall, zerfallen sie in kleine Gruppen, die jedoch in prinzipiellen Angelegenheiten Anschluss und Einheit finden. Bei der Eröffnung erschienen Vertreter anderer Nationen, von denen besonders der Repräsentant der Ukrainer, Herr Stadnickyj, lebhaft begrüsst wurde; er überbrachte eine Begrüssung seitens der ukrainischen Rada; im Namen der russischen Provisorischen Regierung ergriff das Wort in polnischer Sprache Vize-Minister Boguckij; auch die bekannte „Grossmutter der Revolution“ Breschko-Breschkowskaja empfand das Bedürfnis, ihre Freude darüber auszusprechen, dass Polen nicht mehr Gegenstand eines Raubes sein werde. Von diesen Begrüssungen stachen die Worte des katholischen Bischofs Cieplak ab, aber nur durch den priesterlichen Ton: inhaltlich war er mit der Haltung der polnischen Demokratie ganz einverstanden. Mit Jubel und Ehrfurcht wurde Alexander Lednicki aufgenommen, dessen Rede zu einer bedeutsamen politischen Kundgebung emporwuchs.

In der dritten Sitzung fasste die Tagung einstimmig folgende Entschliessung; Die Delegiertentagung der demokratischen und unabhängigen Verbände der Polen in Russland, versammelt am 19. Oktober 1917 in Petersburg, erkennt die Notwendigkeit einer unverzüglichen Aufnahme der Arbeit an der Bildung des polnischen Staates an, der aus den schwierigen Anfängen des Provisorischen Staatsrats jetzt zur selbständigen Verwaltung des Vaterlandes übergeht. Die Tagung hegt den unerschütterlichen Glauben, dass diese Arbeit

allgemeine Anerkennung und Unterstützung finden wird und dass das bisher Erreichte einen sicheren Schritt auf dem Wege zur vollen Unabhängigkeit der Nation und deren Vereinigung bedeutet. Die Tagung hofft fest, dass unter der klugen patriotischen Führung des Regentschaftsrates dem heissen Verlangen der Nation Erfüllung wird. In dieser Hoffnung sendet die Tagung dem Regentschaftsrate die Versicherung ihrer ergebenen Treue und den Ausdruck der Huldigung.

Ueber das Verhältnis zu Russland wurde folgende Entschliessung gefasst: Die Tagung begrüsst mit Freude die siegreiche russiche Demokratie und wünscht dem russischen Volke, es möge die eroberte Freiheit unberührt behalten und es möge ihm gelingen, die staatliche und ökonomische Reorganisation ohne Erschütterungen durchzuführen.

Nüchterner konnten wohl die Polen in Petersburg nicht sprechen.

Ferner wurden folgende Resolutionen gefasst:

Die Tagung begrüsst die zum neuen Leben erwachende Ukraine und ist des Glaubens, dass das polnische und ukrainische Volk, die gleichzeitig die Grundlagen der Unabhängigkeit erreichen, sich in dem Streben vereinigen werden, ihre Beziehungen auf den Grundlagen der Gerechtigkeit und Gegenseitigkeit zu gestalten und allen chauvinistischen Bestrebungen auf beiden Seiten Einhalt gebieten werden.

Die Tagung bringt ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass die litauische und weissruthenische Nation ihr politisches Dasein nach dem Grundsatz der Selbstbestimmung der Nationen gestalten werden, und dass die diese beiden Nationen mit Polen verbindenden Beziehungen freiwillig nach modernen Grundsätzen erneuert werden, dass schliesslich eine dauernde Grundlage für die innigsten nachbarlichen Beziehungen geschaffen werden wird.

Die Frage des polnischen Heeres bildete einen der wichtigsten Beratungsgegenstände. Es wurde be-

schlossen; Das polnische Heer kann einzig auf Anregung und unter dem Befehl einer eigenen Regierung des polnischen Staates ins Leben gerufen werden.

Dem Demokratischen Kongress schloss sich am 21. Oktober eine Konferenz der Delegierten polnischer Parteien und Fraktionen, die dem nationaldemokratischen Lager nicht angehören. Vertreten waren: die National-Konservative Partei, die Partei der nationalen Arbeit in der Ukraine, die Partei der polnischen Radikalen, die Volkspartei, der sozialdemokratische Klub, der Unabhängigkeitsverband, die polnisch-patriotische Vereinigung, der polnische radikal-demokratische Verband aus Litauen und Ruthenien a. a

Herr Alexander Lednicki erstattete Bericht über seine Tätigkeit als Präsident der Liquidationskommission.

Zuerst besprach er die Arbeiten der Liquidationskommission, im zweiten Teil erklärte sich Lednicki für die Unterstützung der in der Heimat entstehenden nationalen Behörden, sowie für Bekämpfung jeglichen nationalen polnischen Regierungen und Heeressorganisationen ausserhalb der Heimat, obwohl er den Polen das Recht in andere Armeen sich zu melden, sofern sie „für die Freiheit" kämpfen wollen, nicht absprach.

Daraus folgt die Verdammung sämtlicher militärischen Organisationen, die ausserhalb Polens an der Seite von polnischen Neubildungen entstehen und sich anmassen, das polnische Volk zu vertreten und in seinem Namen Politik zu treiben.

Die Rede Lednickis wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen, darauf folgte eine Huldigung an den Warschauer Regentschaftsrat. Sämtliche Anwesenden erhoben sich von ihren Plätzen und beschlossen eine Resolution folgenden Inhalts:

„Der Glaube an die Kraft der Nation, der Glaube an die Macht des mit heisser Vaterlandsliebe erfüllten Geistes, der alle Stände Polens durchdringt, geben uns die Sicherheit, dass die hohen Männer, die durch die Stimme der öffentlichen Meinung des Landes gewählt

und zur Würde der Regenten erhoben wurden, Ihre Pflicht erfüllen werden, indem sie dem Wohl des Vaterlandes als höchstem und einzigem Ziel dienen. Wir huldigen Ihrer Hoheit, glauben an Ihren Patriotismus und wünschen Ihrer Arbeit Fruchtbarkeit. Wir schauen auf Ihre Anstrengungen. deren Ergebnis das freie, unabhängige und einige Polen sein wird."

Als letzte Organisation tagte Ende Oktober die Volksvereinigung. Es ist dies diejenige Vertretung der Bauernpartei, die vor dem Kriege in Kongress-Polen eine rege Tätigkeit entwickelt hatte und unter Leitung des Herrn Malinowski und von Fräulein Kosmowska eine einflussreiche antirussische Zeitschrift „Zaranie" herausgab. Malinowski und Kosmowska wurden beim russischen Rückzug nach Moskau verschleppt, jetzt befinden sie sich schon in Freiheit. Diese Vertretung des bäuerlichen Bundes betonte stark ihre sozialpolitische Besonderheit, schloss sich aber den demokratischen Resolutionen an, die jedwede Regierung und Armee im Auslande untersagen und sprach sich für den Regentschaftsrat aus.

Auf Grund der letzten Zusammenkünfte darf behauptet werden, dass die überwiegende Mehrheit der in Russland lebenden Polen sich gegen die Nationaldemokratie wendet und voll Vertrauen und Zuversicht nach Warschau blickt. Das was aus Warschau kommt, wird vom grössten Einfluss auf unsere Gemüter sein und dadurch auch einen entsprechenden Einfluss auf sämtliche im feindlichen Ausland lebende Polen ausüben.

In den oben erwähnten Richtungen wird sich wohl unsere Politik bewegen, bis wir das Glück erleben, in die Heimat zurückkehren zu dürfen. Die letzten Nachrichten aus Russland klingen ganz verhängnisvoll. Von unserem Standpunkt aus sind zwei wichtige Begebenheiten zu verzeichnen. Der Kosakengeneral Kaledin wandte sich an General Dowbor-Musnicki, Kommandierenden der polnischen Abteilungen,

um die letzteren für seine Sache zu gewinnen. Die polnischen Abteilungen sind die einzigen in der russischen Armee, die bis heute stramme Zucht und Disziplin bewahren: in Petersburg werden nur polnische Soldaten zur Bewachung der ausländischen Botschaften verwendet. Kaledin wäre imstande, an der Spitze von hunderttausend Polen — und es gibt deren doch mehrere hunderttausend — Russland zu beherrschen. Man darf behaupten, dass die Lage Russlands gewissermassen in polnischen Händen liegt. Wir hoffen aber, dass die Polen ihrem bisherigen Grundsatz, sich in die inneren Angelegenheiten Russlands nicht einzumengen, treu bleiben werden.

Heute erfahre ich, dass Herr Aleksander Lednicki von der Bolschewikenregierung seines Amtes als Präsident der polnisch-russischen Liquidationskommission entsetzt und an seine Stelle Rechtsanwalt Kozlowski, ein strammer Sozialdemokrat, ernannt worden ist. Sollte sich diese Nachricht bewahrheiten, so wäre das für uns ein harter Schlag. Herr Lednicki wird aber nicht aufhören Vertrauensmann und Führer der polnischen Demokratie in Russland zu bleiben. Lector.

Polnische Sozialdemokraten gegen deutsche.

Gelegentlich der letzten Phase der polnischen Frage bringt das Krakauer sozialdemokratische Tageblatt „Naprzód“ einen längeren und überaus kennzeichnenden Artikel des Abgeordneten Ignacy Daszyński. Nach der Erklärung, dass die Arbeiterschaft Polens die Vereinigung Galiziens mit dem Königreich Polen für das wichtigste erforderliche Ereignis des Weltkrieges ansieht, der ohne dieses ihnen eine wahnsinnige Metzelei, eine unsinnige Hölle wäre, stellt der Verfasser fest, dass die deutschen Sozialdemokraten Oesterreichs und Deutschlands durch ihre Stellungnahme zu dieser Angelegenheit, den polnischen Sozialdemokraten eine tiefe und bittere Enttäuschung bereitet haben.

„Wir waren dieser Ueberzeugung — ist der weitere Wortlaut des Artikels — dass nicht nur die "Sozialdemokraten der freien Staaten, sondern vor allem diejenigen Deutschlands und Oesterreichs auf unsere Seite sich stellen werden, um uns in unserem Streben nach Vereinigung und Unabhängigkeit Polens zu unterstützen. Wir wurden hier bitter enttäuscht. Während die Sozialdemokraten Russlands in den Märztagen der Revolution entschieden erklärten, dass Polen vereinigt und unabhängig sein soll, während die amerikanischen, italienischen, tschechischen, sogar ruthenischen Sozialdemokraten das Recht der Polen zur Vereinigung und Unabhängigkeit anerkannten, erklärten die deutsch-österreichischen Sozialdemokraten in Stockholm, dass nur diese Polen, die im Königreich Polen ansässig sind, Bürger des unabhängigen polnischen Staates sein sollen, während die Polen Galiziens weiter Bürger der österreichischen Provinz bleiben, bis vielleicht einmal dieses schwache und kleine Königreich mit dem siegreichen Oesterreich darüber verhandeln wird, ob und unter welchen Bedingungen Galizien mit Polen vereinigt werden soll Diesen sonderbaren Sozialdemokraten handelt es sich nämlich darum, dass Galizien Petroleum und Kohle hat, die es in den Alpen ja nicht gibt. Es handelt sich um die Verpflichtungen Oesterreichs dem kriegsverwüsteten Galizien gegenüber. Statt Polens versprachen sie uns eine Gemeinde- und Verwaltungsreform in Oesterreich.

„Aus der grossen Sache einer um ihre staatliche Existenz ringenden Nation wollten sie eine Angelegenheit des eigenen Vorteils machen, unsere Schaden übersehen und vor allen Dingen unser Recht als Proletarier und Polen nicht anerkennen.

„Die Hoffnung der Sozialdemokraten Polens auf eine geringste in der Presse zu Ausdruck gebrachte Hilfe der deutschen Sozialdemokraten Oesterreichs wurde nicht erfüllt.

„Den Deutschösterreichern schlossen sich die Mehrheitssozialisten Reichsdeutschlands an, die in Stockholm bezüglich des künftigen Schicksals Galiziens sich mit ihnen solidarisch erklärt haben."

Den Ausführungen des Abgeordneten Daszyński folgen weitere Aufsätze, in denen auch die Haltung der deutschen Sozialdemokratie der Polenfrage gegenüber gegeisselt wird. Am 18. November hatte bekanntlich Abg. Scheidemann in Dresden eine Rede gehalten, in der er seine Freude darüber ausdrückte, dass die Völker Deutschlands und Oesterreich-Ungarns sämtliche königlich-polnischen Pläne wie auch diejenigen über Russland und Litauen gründlich abgewiesen haben. Dazu bemerkt der „Naprzód" vom 22. November:

„Wenn Genosse Scheidemann sich darüber gefreut hat, so wird er sich bald überzeugen, dass seine Freude verfrüht war. Denn das, was er begraben zu sein wähnte, lebt vergnügt.

„Ueber Litauen und Russland reden wir nicht, denn wir bekennen uns zu dem Grundsatz, uns nicht in fremde Angelegenheiten einzumischen, und wir möchten dies auch den deutschen Sozialdemokraten empfehlen

„Wir reden nur von Polen. Die Verbindung Galiziens mit Polen ist ein polnischer Wunsch und dieser Wunsch lässt sich nur durch Uebertragung der polnischen Krone an den österreichischen Kaiser erreichen. Die Polen erklären sich damit einverstanden und werden den Genossen Scheidemann um die Genehmigung nicht fragen.

„Ueber Dinge, die man nicht kennt und nicht versteht, zu reden, kann manchmal schädlich sein, immer aber kompromittiert es den Redner."

Das Handbuch von Polen.

Im Verlage von Dietrich Reimer (Ernst Vohsen) ist soeben erschienen: Handbuch von Polen. Beiträge zu einer allgemeinen Landeskunde. Auf Grund der Studien-

ergebnisse der Mitglieder der Landeskundlichen Kommission beim General-Gouvernement Warschau. Herausgegeben unter der Redaktion von Dr. E. Wunderlich vom Kaiserlich Deutschen Generalgouvernement Warschau. Mit 55 Tafeln, 15 Karten, 45 Textfiguren (466 Seiten)

Das Buch soll nach dem Vorwort des Herrn Dr. Wunderlich, dem deutschen Leser zur ersten Orientierung über Polen dienen und die Hauptfragen des Landes und seiner Bevölkerung teils auf Grund der vorhandenen Literatur, teils auf Grund der Ergebnisse eigener Untersuchungen behandeln.

Die Initiative zur Herausgabe des Werkes, dessen äusseres Gewand in jeder Beziehung auf der höchsten Stufe steht, ist von seiner Exellenz, dem Herrn General-Gouverneur von Beseler ausgegangen, der sich damit das erste Denkmal seiner Wirksamkeit in Polen gesetzt hat. In dem Geleitwort, das der Herr Generalgouverneur dem Handbuch auf dem Weg mitgegeben hat, wird zum Ausdruck gebracht, das Buch möge zum Verständnis des wahren deutschen Geistes beitragen. Dem Herrn General-Gouverneur hat die Absicht vorgeschwebt, der polnischen Nation an einem Beispiel zu zeigen, was deutsche Gründlichkeit deutscher Fleiss und deutscher wissenschaftlicher Ernst mitten noch im Toben der Schlachten in mühsamer Gedankenarbeit zu leisten vermögen. In den zur Mitarbeit an den Handbuch berufenen Persönlichkeiten sollte sich höchste Bildung, Erfahrung und voraussetzungslose Wissenschaft die Hand reichen und ein vorbildliches Werk von bleibenden Wert vollbringen.

Von der Redaktion der „Polnischen Blätter„ ist mir die ehrenvolle Aufgabe zugewiesen worden, diejenigen Kapitel des Handbuches, die Industrie und Gewerbe behandeln, hier zu besprechen. Ich fasse meine Aufgabe unter anderem auch dahin auf, zu prüfen, inwieweit die Darstellung des Handbuches den Absichten des Herrn General-Gouverneurs entsprochen hat und auch der polnischen Nation als Beispiel deutschen

Fleisses, deutscher Gründlichkeit und unbedingter, wissenschaftlicher Wahrhaftigkeit dienen kann, sowie ferner, ob es geeignet ist, die im Deutschen Reiche so mannigfach verbreiteten schiefen und einseitigen Urteile über die polnischen Zustände richtig zu stellen, Ansichten, die in Deutschland nur entstehen konnten, weil hier die breitesten Kreise gewohnt waren, Polen lediglich als Objekt auf den Markt der politischen Werte für das Verhältnis zu Russland zu betrachten.

Das Werk gliedert sich in 14 Abschnitte: I. Territoriale Entwicklung. Lage und Grenzen, von Prof. Dr. Friederichsen, II. Die Entwicklung der landeskundlichen Kenntnis, von Prof. Dr. M. Friederichsen, III. Geologischer Aufbau, von Geh. Bergrat Prof. Dr. R. Michael, IV. die Oberflächengestaltung, von Dr. E. Wunderlich, V. Klima, von Dr. J. Kölzer. VI. Die Pflanzenwelt, von Geh. Rat, Prof. Dr. F. Pax, VII. Die Tierwelt, von Prof. Dr. J. Pax jun. VIII. Volkskunde, von Dr. A. Schultz, IV. Besiedlung und Bevölkerung, von Dr. H: Praesent, X Die Landwirtschaft, von Dr. K. von Esden-Tempski, XI. Der Wald, von Oberforstmeister Dr. H. Laspeyres, XII. Bergbau und Hüttenwesen von Geh. Bergrat Dr. R. Michael, XIII. Industrie, von Dr. H. Dzialas; XIV. Handel, von Dr. H. Dzialas.

Einleitend möchte ich bemerken, dass die in dem Handbuch angewandte Schreibweise der polnischen Namen und Bezeichnungen einwandfrei ist. In dieser Hinsicht kann das Handbuch während der kommenden Zeiten allen deutschen Schriftstellern, die polnische Frage behandeln wollen, als Vorbild und als Quelle dienen Es ist gerade wohltuend, festzustellen, wie hier ein gebildeter Sinn seine ordnende Hand hat betätigen dürfen. Auch das beigegebene Bildnismaterial ist mit viel gebildetem Geschmack und recht feinem Verständnis ausgewählt und verteilt worden. Dem Verlage von Dieterich Reimer und der Druckerei von Wagner u. Co.,

beide in Berlin, dürfte in dieser Beziehung ein gutes Teil an dem Verdienst auch mit zukommen.

Abschnitt XII. Bergbau und Hüttenwesen.

Von Geh. Bergrat, Prof. Dr. R. Michael.

Das erste Kapitel behandelt den Kohlenbergbau und bringt eine Uebersicht über die polnischen Stein- und Braunkohlenvorkommen. In der kurzen, einleitenden geschichtlichen Einführung vermisse ich eine Erwähnung des königl. polnischen Berginspektors Pusch, geb. 15. XII. 1791 in Kohren in Sachsen, der in der 20-er und 30-er Jahren des vorigen Jahrhunderts in Polen wirkte und sich tatsächlich um die Erforschung der geologischen Verhältnisse von Polen grosse Verdienste erworben hat, was schon daraus hervorgeht, dass jeder, der über geologische Fragen Polens etwas sagen will, das grundlegende Werk von Pusch „Geognostische Beschreibung von Polen" benutzen und sehr oft zitieren muss. Recht wertvoll ist die Tabelle mit den Analysen der polnischen Steinkohlen nach den einzelnen Gruben, die meines Wissens, in einem deutschen Werk noch nicht veröffentlicht worden ist. Auch die Vorkommen der triadischen Keuperkohlen im Gouvernement Radom hätten es unter den gegenwärtigen Verhältnissen verdient, von dem Verfasser ausführlich behandelt zu werden, weil sie, infolge der in der bevorstehenden Zeitepoche in Polen zu erwartenden Holzknappheit, berufen erscheinen, eine wirtschaftliche Rolle zu spielen. Bisher wurden sie überhaupt nicht abgebaut. Pusch meinte 1833 von diesem Vorkommen, dass sie bei der damaligen Wohlfeilheit des Holzes keine Bedeutung hätten, dass aber später „unsere Nachkommen" sie schätzen werden. Dieser von Pusch vorausgesehene Zeitpunkt dürfte wohl jetzt gekommen sein und es wäre daher sehr zu begrüssen gewesen, wenn Herr Prof. Dr. Michael sie in seiner Arbeit nicht nur erwähnt, sondern auch mit den Hilfsmitteln der heutigen Wissenschaft neu untersucht und dann in seiner ver-

dienstvollen Arbeit ausführlicher behandelt hätte. Diese Keuperkohlen kommen ausser bei dem von dem Verfasser erwähnten Kunów auch noch vor bei: Gromadzice, Rzuchów, Opatów, Ćmielów, Grocholice, Goździelin, Bukowie, Chocimów.

Im Kapitel 2 werden die Erzvorkommen behandelt. Zwei ausgezeichnete Karten der nutzbaren Lagerstätten im südwestlichen Polen und im Verbreitungsgebiet der mittleren Jura bilden eine besonders wertvolle Bereicherung unseres Materials über diese Vorkommen (Seite 387—389). Schade, dass es dem geschätzten Verfasser offenbar nicht möglich war, eine Tabelle neuerer Analysen der polnischen Eisenerze nach den einzelnen Fundorten zu bringen. Angesichts der erhöhten Bedeutung der polnischen Eisenerze während des bevorstehenden Zeitabschnittes würde eine solche Zusammenstellung den interessierten Fachkreisen sehr nützlich sein können. Ich habe im Heft 1 des „Industrie-Kurier" vom 6. Januar 1917 eine solche Tabelle veröffentlicht, da mir aber neuestes Material in der gegenwärtigen Kriegszeit schwer zugänglich war, musste ich auf ziemlich alte Quellen zurückgreifen.

Das Kapitel 3 behandelt das Eisenhüttenwesen. Es sei mir gestattet, eine Angabe des geschätzten Verfassers zu ergänzen. Die Eisenwerke in Panki bei Częstochowa hat allerdings Graf Reden zu Beginn des 19. Jahrhunderts zu einem neuen Leben erweckt, sie waren aber schon viel früher vorhanden. Ein Bericht (lustracja) der Starostei Krzepice aus dem Jahre 1568 erwähnt sie als Hammerwerk und verlegt ihr Entstehen in die Regierungszeit Kazimir des Grossen (1333—1370).

So viel über den Abschnitt XII des Handbuches, in dem der Verfasser Herr Geh. Bergrat, Prof. Dr. Michael ein ziemlich abgerundetes und auch ganz zutreffendes Bild des polnischen Bergwesens u. Eisenhüttenindustrie dem deutschen Leser vorführt.

Ziv.-Ing. L. K. Fiedler.

(Schluss folgt.)

NOTIZEN

Politisches.

Vom Regentschaftsrat. Der Ministerpräsident, Jan v. Kucharzewski, hat sein Amt eines Sektionschefs im Departement für Kultus und Unterricht niedergelegt. Provisorisch wird dieses Amt sowie das höhere Schulwesen durch Herrn Stanislaw Tomczynski versehen. Zum Kronreferendar wurde Professor Siemienski ernannt. Die Uebergangskommission des provisorischen Staatsrates hat auf den Posten des Vize-Direktors des Departements für Kultus und Unterricht den früheren Universitätsrektor Herrn Professer Josef Brudzinski berufen.

Vom Polnischen Parteiwesen.- Die aktivistischen Parteien: Natinnale Partei, Nationales Zentrum, Partei der Polnischen Demokratie Gruppe für aktive Politik, Volksvereinigung und Nationaler Arbeiterverband haben aus ihrer Mitte einen Seniorenkonvent einberufen, der in Sachen der laufenden politischen Fragen systematisch Kontakt unter den genannten Parteien unterhalten soll. Ein Parteiblock wurde nicht geschlossen, ein solcher wird auch nicht projektiert Beschlüsse können nur einstimmig gefasst werden.

Polnisch-Ukrainische Manifestationen in Moskau. Der Moskauer Zeitung „Gazeta Polska“ entnehmen wir einen Bericht über einen ukrainischen Abend, den der ukrainische Militärklub in der Aula der Universität Moskau veranstaltet hat. An diesem Abend haben auch Polen teilgenommen, was von ukrainischer Seite mit lebhaften Ovationen begrüsst wurde. Zwischen beiden Nationen sind in Russland in letzter Zeit schon mehrfach Annäherungen erfolgt, so z. B. auf dem Kościuszkofest, zu dem die Ukrainer erschienen waren und eine besondere Ehrenloge erhalten hatten, aber keine dieser Feiern hatte einen so erhebenden Verlauf, wie der letzte ukrainische Abend. Hier wurden von Ukrainern und Polen Verbrüderungsansprachen nnd Verbrüderuungsglieder ausgetauscht und zum Schluss erhob sich das ganze Publikum, weit über tausend Personen, und ehrte die polnischen Gäste durch die stürmischen Rufe: „So soll es sein! Wir wollen Eintracht mit den Polen! Es leben die polnischen Brüder!

Das polnische Schatzminiserium.- Die Frage der Bildung des polnischen Schatzministeriums ist gegenwärtig Gegenstand der Beratungen der massgebenden Faktoren. An diesen Beratungen neh. men von österreichischer Seite teil der Staatskommissar Hofrat Rosner, sein Vertreter Herr Iszkowski, der Vertreter des Lubliner General-Gouverneurs Dr. Mann und Baron Hennig, der Vertreter des k. u. k. Ministeriums des Innern; von deutscher Seite der Chef der deutschen Intendantur Dr. Wunderlich und von der Zivilverwaltung Herr Ueberscheet.

Kultur.

Die neuen Rektoren der Warschauer Universität und der Techniscen Hochschule. Zum Rektor der Universität wurde Professor Kostanecki gewählt, nachdem der frühere Rektor, Professor Brudzinski, der auch dieses Mal gewählt worden war verzichtet hat: zum Rektor der technischen Hochschule wurde Herr Professer Stanislaw Patschke wiedergewählt.

Polnische Nationalfeiertage - Das Departement für Kultus und öffentlichen Unterricht hat über die in Zukunft in Polen geltenden nationalen Feiertage folgende Beschlüsse gefasst: als schulfrei haben zu gelten der dritte Mai, ausserdem ein Tag, der noch vom Direktor des Departements bestimmt werden Wird. Alle sonstigen nationalen Feiertage sind ohne Unterbrechung des Unterrichts zu begehen, wobei die Feierlichkeiten entweder auf den nächsten Sonntag oder auf den kirchlichen Feiertag oder auf den Nachmittag zu verlegen sind An nationalen Gedenktagen können in den Unterricht Erwähnungen der wichtigsten historischen Daten hineingeschoben werden, sowie es kann der für die Nation teurer Persönlichkeiten gedacht werden.

Büchereinlauf.

Alex. Brückner: Walka o język. Lemberg, Verlag des Vereines der Lehrer der höheren Schulanstalten. — Ed. J. K. Scholz: Beitrag zur Kenntnis des Ordonaten Polens. Sonderabdruck aus der „Zeitschrift für wissenschaftliche Insektenbiologie". Berlin. — Univ.-Prof. Dr. Eugeniusz Romer und Priv.-Dozent Dr. Ignacy Weinfeld: Statistisches Jahrbuch Polens. Krakau, Gebethner & Co. — Antoni Chołoniewski: Duch dziejów Polski. Kraków. — Leon Wasilewski: Die Ostprovinzen des alten Polenreichs. (Litauen und Weissruthenien. Die Landschaft Chełm. Ost-Galizien. Die Ukraina.) Krakau, Zentral-Verlagsbureau des poln. Obersten Nationalkomitees. — Carl Schmidt vom Meere: Polenlieder. Mittenwald, Verlag Arthur Nemayer. — Dr. Paul Reiche: Deutsche Bücher über Polen. Ein Beitrag zu den Beziehungen zweier Nationen. Breslau, Priebatsch's Verlagsbuchhandlung. — Anton Chołoniewski: Geist der Geschichte Polens. Krakau, Buchdruckerei des „Głos Narodu". — Dr. Bron. Biegeleisen: Odbudowa Prus Wschodnich. Krótki rys organizacji i dotychczasowych wyników. Krakau, Verlag des ökon. Institutes des Obersten poln. Nationalkomitees. – Wł. Studnicki: Szkice polityczne z zakresu polityki międzynarodowej. Warschau, Wende & Co.

Herausgeber: W. Feldman, Charlottenburg.
Für die Redaktion verantwortlich: F. Załachowski, Charlottenburg.
Druck: Adler-Druckerei (F. Załachowski), Berlin-Ch. 2, Grolmanstr 42